

auf die schwere Verantwortung der Gefährdung von Frieden und Sicherheit hinzuweisen, die sie mit der Billigung und Unterstützung der Bonner Alleinvertretungsanmaßung auf sich nehmen.

Außer den herrschenden Kreisen Westdeutschlands wünscht niemand in Europa die Wiederherstellung eines imperialistischen Deutschlands. Niemand darf daher der Bonner Revanchepolitik weiter Zugeständnisse machen.

Es ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit unseres Kontinents, daß sich die Regierungen der kapitalistischen Staaten von der Alleinvertretungsanmaßung der westdeutschen Regierung distanzieren und im Einklang mit den völkerrechtlich gültigen Prinzipien des Potsdamer Abkommens den friedliebenden demokratischen deutschen Staat, die Deutsche Demokratische Republik, anerkennen.

Zur europäischen Sicherheit führen viele Schritte und Maßnahmen. Doch die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Herstellung normaler Beziehungen zu ihr - das ist gegenwärtig das Kernproblem zur Herbeiführung der europäischen Sicherheit.

Die Bejahung der Existenz zweier souveräner, gleichberechtigter deutscher Staaten und die Bereitschaft, die erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen, sind zum Maßstab für jedes ernsthafte und wirksame Eintreten europäischer Regierungen zur Gewährleistung der Sicherheit auf unserem Kontinent geworden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, mit den Regierungen aller europäischen Staaten normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen und die Zusammenarbeit mit ihnen zum gegenseitigen Nutzen zu entwickeln. Das Fehlen normaler staatlicher Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik entspricht keinesfalls den Interessen dieser Länder und Völker. Liegt es nicht auf der Hand, daß bei Bestehen normaler Beziehungen die potentiellen Möglichkeiten für die fruchtbare Zusammenarbeit auf allen Gebieten ungleich besser genutzt werden könnten als bei dem gegenwärtig bestehenden Zustand? Eine weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und vielen Staaten West- und Nordeuropas macht die Einrichtung staatlicher Handelsvertretungen unerlässlich.